**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Planung	Drucksachen-Nr. 141/2008	
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Planungsausschuss	03.04.2008	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

**Außenbereichssatzung R. 3244 - Breite -
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

Beschlussvorschlag:

@->

Die Außenbereichssatzung Nr. 3244 – Breite – ist unter Beifügung der Begründung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Auf Antrag der CDU-Fraktion war seitens der Verwaltung im Februar 2006 für den Bereich Breite die Aufstellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung geprüft worden. Eine Klarstellungs- und Ergänzungssatzung setzt jedoch voraus, dass ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil in der Örtlichkeit vorhanden ist. Die heute zwischen Herkenrath und Sand entlang der Herkenrather Straße vorhandene Bebauung erfüllt diese Voraussetzung nicht. Der Planungsausschuss hat daraufhin in seiner Sitzung am 21.03.2006 die Aufstellung einer Außenbereichssatzung beschlossen. Das Anliegen, für den genannten Bereich über das Instrument einer Satzung Planungsrecht zu schaffen war bereits im Jahr 2002 in Form eines Bürgerantrags an die Verwaltung herangetragen worden.

Mit einer Außenbereichssatzung können zwei öffentliche Belange außer Kraft gesetzt werden, die ansonsten Vorhaben im Außenbereich entgegenstehen. Es sind dies

- die Darstellung der betreffenden Grundstücke als Fläche für die Landwirtschaft im Flächennutzungsplan und
- die Verfestigung einer Splittersiedlung.

Der Bereich Breite ist im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Mit der Aufstellung einer Außenbereichssatzung könnte diese Tatsache einem Bauvorhaben in diesem Bereich nicht mehr entgegen gehalten werden.

Mit der Außenbereichssatzung werden keine neuen Baurechte geschaffen. Die Grundstücke im Geltungsbereich der Satzung verbleiben weiterhin im Außenbereich. Die Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben richtet sich nach den Vorgaben des § 35 BauGB.

Der Satzungsbereich liegt gemäß Landschaftsschutzverordnung der BR Köln im Landschaftsschutzgebiet. Im aktuell vorliegenden Entwurf zum Landschaftsplan Südkreis, der voraussichtlich im Sommer 2008 rechtskräftig wird, ist der Bereich „Breite“ nicht mehr als Landschaftsschutzgebiet festgesetzt.

Der naturschutzrechtliche Ausgleich erfolgt ebenfalls auf der Ebene des Baugenehmigungsverfahrens gemäß Landschaftsgesetz NW und nicht auf der Ebene der Satzung.

Der Landesbetrieb Straßen NRW hat in seiner Stellungnahme vom 10. Januar 2008 keine grundsätzlichen Einwände bezüglich einer möglichen Ergänzungsbebauung entlang der L 329 und einer entsprechenden Anbindung an die Landesstraße vorgebracht, sofern die Erschließung über eine bestehende und maximal eine neu angelegte Zufahrt erfolgt.

Anlagen

- Abgrenzung des Satzungsgebietes
- Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

<-@